

Brasiliens Weg in die Diktatur

Lula da Silva nutzt den Sturm aufs Parlament für eine gnadenlose Repressionswelle. Selbst ehemalige Unterstützer wenden sich vom entfesselten Präsidenten ab.

Alex Baur

Eine unverdächtigere Quelle als Glenn Greenwald ist in diesem Fall schwer zu finden. Mit seinen Enthüllungen über befangene Untersuchungsrichter ebnete der in Brasilien lebende US-Journalist 2019 den Weg zur Freilassung des mehrfach wegen Korruption verurteilten Luiz Inácio Lula da Silva. Ohne Greenwald wäre Lula heute kaum Präsident von Brasilien. Derselbe Greenwald machte am letzten Samstag ein geheimes Urteil publik, mit dem der oberste Wahlrichter Alexandre de Moraes unter drakonischer Strafandrohung den sozialen Medien befiehlt, eine Reihe von Accounts bekannter Politiker und Journalisten in Brasilien zu sperren. Betroffen sind Facebook, Rumble, Telegram, Tiktok, Twitter und Youtube. De Moraes ordnete zudem die Herausgabe aller persönlichen Daten der aus dem Netz verbannten Akteure an.

Die Perfidie der höchstrichterlichen Order besteht darin, dass es keine Begründung gibt, die man anfechten könnte. Es ist sogar verboten, über die Zensur zu berichten. De Moraes' Geheimbefehl reiht sich ein in eine Serie von Erlassen, mit denen der noch unter Bolsonaros Vorgänger ernannte Richter den Wahlkampf massiv beeinflusste. Nun ist er Teil einer Welle der Repression, die an die düsteren Zeiten der Diktatur erinnert. De Moraes macht hemmungslos vom ganzen Arsenal Gebrauch, das ihm die Strafjustiz verleiht: Hausdurchsuchungen, Abhörungen, Haftbefehle, Beschlagnahmungen.

Fake News wird zu Terrorismus

Bislang stützte sich de Moraes hauptsächlich auf den Vorwurf der Verbreitung von Fake News, die er als Angriff auf die verfassungsmässige Ordnung interpretiert. Zweifellos, es gab im Wahlkampf Desinformation, hüben wie drüben. Doch betroffen von den Zensurverfügungen waren fast nur Bolsonaro und seine Parteigänger. Mit dem Sturm auf das Regierungsviertel vom 8. Januar sind alle Dämme gebrochen. Der Vorwurf lautet nun «Terrorismus» und «Staatsstreich».

Gegen 1800 Demonstranten wurden auf Befehl von de Moraes umgehend verhaftet. 1398 Verdächtige befanden sich am letzten Wochen-

ende noch immer in Haft. Ein Teil von ihnen ist in einem Sportpalast in Brasilia zusammengepfercht, andere wurden auf die überfüllten Gefängnisse verteilt. Um Platz zu schaffen, liess man Halbgefangene frei. Rund 800 Personen wurden einem Richter zugeführt. Doch Bundesrichter Alexandre de Moraes hat den erstinstanzlichen Richtern untersagt, über die Haft zu entscheiden. Darüber darf nur er selbst richten.



Rhetorik der Eskalation: Präsident Lula.

Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Unternehmer, welche die Demonstranten finanziell unterstützt haben sollen, sowie Bolsonaros ehemaliger Justizminister Anderson Torres. Torres, der während des Sturms aufs Regierungsviertel in den USA weilte und diesen verurteilte, soll als Sicherheitssekretär von Brasilia die Proteste unterstützt haben. Ein Dokument, das bei der Durchsuchung seiner Privatwohnung gefunden wurde, soll auch Bolsonaro belasten.

Theoretisch sind Regierung und Justiz auch in Brasilien getrennt. In der Praxis bleibt de Moraes auch nach der Wahl der treueste Komplize von Präsident Lula. Der Bundesrichter und der Präsident, die sich bei Lulas Amtsantritt in aller Öffentlichkeit ungeniert umarmten, koordinieren nicht nur ihre Aktionen gegen die

rechte Opposition. Sie benutzen dieselbe Bra-chial-Rhetorik. Wer am Wahlergebnis zweifelt, ist ein «Putschist», «Terrorist» oder «Faschist».

Tatsächlich forderten die Bolsonaro-Anhänger, welche die Militärkasernen Brasiliens wochenlang belagerten, einen Putsch gegen die Regierung Lula. Sie beriefen sich dabei auf einen Passus in der Verfassung, der ein Eingreifen der Streitkräfte vorsieht, wenn die Demokratie in Gefahr ist. Doch es gab nie Anzeichen, dass die Armee diesem Aufruf Folge leisten würde. Die Proteste waren mit Ausnahmen friedlich. Selbst der Umzug Tausender Bolsonaro-Anhänger durch das Regierungsviertel vom 8. Januar, der in der Besetzung der Praça dos Três Poderes mündete, war friedlich und legal. Der Park vor dem Sitz der Regierung ist öffentlicher Raum.

Kriminell waren das Eindringen in die Räume des Parlamentes und des Bundesgerichtes sowie die dort angerichteten Sachbeschädigungen. Nur stellt sich die Frage nach Tätern und all-fälligen Drahtziehern. Die meisten Demonstranten hatten damit nichts zu tun. Bolsonaro hat jede Art von Gewalt stets verurteilt. Es ergibt auch keinen Sinn, dass Bolsonaro-Anhänger ein Parlament stürmen, in dem die Rechte eine Mehrheit hat.

Es gehen Gerüchte um, nach denen hinter dem Vandalismus eingeschleuste linke Provokateure stehen. Dafür fehlt indes jeder Beweis. Die physische Anwesenheit von Agents provocateurs wäre auch nicht nötig gewesen. Eine orchestrierte Folge anonymer Aufrufe zum

Mit atemberaubender Wucht zerschellen die Hoffnungen auf einen altersmilden Lula an der Realität.

«Sturm auf das Kapitol» nach US-Vorbild hätten gereicht. Dass eine angeblich von der Eskalation überraschte Polizei in der Lage war, innert Stunden 1800 Personen zu verhaften und einzukerkern, stimmt misstrauisch. Die Planung einer derartigen Aktion dauert normalerweise mehrere Tage. Tatsache ist, dass beim Saubannerzug in den Parlaments- und Gerichtsgebäuden

nur ein kleiner Teil von mehreren Tausend Demonstranten mitgemacht hat. Doch Lula und de Moraes nutzten die Gelegenheit, um jeden Protest als terroristischen Angriff auf den Rechtsstaat zu kriminalisieren. Es ist der folgerichtige Ausgang einer Rhetorik der Eskalation, die Brasiliens Präsident im Gleichklang mit seinem Politrichter beim Amtsantritt am 1. Januar angeschlagen hat.

Der Missbrauch der Justiz zu politischen Zwecken hat in ganz Lateinamerika längst epidemische Züge angenommen. Die Schergen der modernen Diktaturen tragen nicht mehr Uniformen und Gewehre, sondern Talare und Aktenkoffer. Betroffen von der juristisch verbrämten Repression sind linke wie rechte Politiker. Mehrere Minister von Lula schlagen sich mit Hunderten von hängigen Strafverfahren herum. Auch die Korruptionsprozesse, die Lula selber für fast zwei Jahre hinter Gitter brachten, waren politisch kontaminiert. Die vom selbstherrlichen Bundesrichter Alexandre de Moraes verfügte Repressionswelle übertrifft allerdings das gewohnte Mass an Willkür bei weitem.

Tektonische Verschiebungen

Anlass zu Besorgnis gibt nicht nur der Autoritarismus in Brasilien selber. In einer Rede vor dem Nationalkongress beschwor der venezolanische Diktator Nicolás Maduro kürzlich seine Freundschaft mit Lula und kündigte die Schaffung einer sozialistischen Allianz an, der neben Russland, China, Venezuela und Kuba auch Brasilien und Argentinien angehören sollen. Es handelt sich dabei um die Wiederbelebung einer Achse, welche Hugo Chávez, Fidel Castro, Néstor Kirchner und Lula da Silva bereits in den nuller Jahren geschaffen hatten.

Als eine der ersten Amtshandlungen nahm Lula die diplomatischen Beziehungen zur Maduro-Diktatur in Venezuela wieder auf, welche Bolsonaro gekappt hatte. Noch diese Woche wird eine diplomatische Mission aus Brasilia in Caracas erwartet. Am 24. Januar ist ein Rencontre zwischen Maduro und Lula im Rahmen einer Veranstaltung des 2010 von Hugo Chávez als Gegengewicht zur OAS initiierten Celac-Forums in Buenos Aires geplant. Auch mit den Diktaturen in Russland und Kuba verbinden Lula mannigfache alte Kameradschaften.

Während des Wahlkampfes liess Wahlrichter Alexandre de Moraes Fotos im Internet sperren, welche Lula in inniger Verbundenheit mit Potentaten wie Gaddafi, Assad, Achmadinedschad, Chávez, Maduro oder den Castro-Brüdern zeigte. Alles Schnee von gestern. Mit atemberaubender Wucht zerschellen die Hoffnungen auf einen altersmilden Lula da Silva an der Realität. Das sind schlechte Nachrichten für ganz Südamerika. Der Flirt des Giganten Brasilien mit dem autoritären Sozialismus kommt einer tektonischen Verschiebung der Politlandschaft gleich mit Auswirkungen auf die ganze Hemisphäre.

Sein Vorbild ist Otto Stich

Hans-Peter Amrein ist Zürichs ungeliebter Aussenseiter. Ein Ruhestörer, wie er jeder lebendigen Demokratie guttut.

Marcel Odermatt

Schlieren
Mit Freundschaften in der Politik ist es so eine Sache. Von 2007 bis 2019 sass Markus Kägi für die SVP im Zürcher Regierungsrat. Jedes Mal, wenn der Baudirektor zur Wahl antrat, gehörte Hans-Peter Amrein zu seinen treuen Unterstützern. Nun möchte Kantonsrat Amrein – während zwanzig Jahren Mitglied der Volkspartei, mittlerweile parteilos – am 12. Februar selber den Sprung in die Zürcher Regierung schaffen. Er fragte deshalb Kägi an, ob dieser ihn zur Wahl empfehle. Kägi gab Amrein einen Korb mit der Begründung, er empfehle nur Kandidaten, die einer Partei angehörten. «Zu meinem Erstaunen musste ich dann feststellen, dass er im Komitee von Mario Fehr sitzt, der aus der SP ausgetreten ist und wie ich parteilos ist», erzählt Amrein.

Immer für eine Überraschung gut

Es ist Montagabend. Hans-Peter Amrein hat ins «Restaurant Stürmeierhuus» nach Schlieren geladen, wo er vom ehemaligen «Arena»-Moderator Reto Brennwald interviewt wird. Nur zwanzig Personen haben den Weg in den Saal gefunden. Das ist schade, denn der 64-jährige Amrein ist ein rhetorisches Ereignis, ein Ruhestörer, wie er jeder lebendigen Demokratie guttut. Ausserdem ist er so dossierfest wie kaum ein anderer Zürcher Kantonsrat.

Mit Verve erklärt Amrein, was er im – laut Umfragen unwahrscheinlichen – Fall seiner Wahl tun würde. Er schwankt zwischen klassisch bürgerlichen Anliegen und Aussagen, bei denen unklar ist, wie ernst er sie meint. So verspricht er glaubhaft, als Regierungsrat einen beherzten Kampf gegen den «ungezähmten Ausbau der Verwaltung» führen zu wollen. Gleichzeitig erklärt der Hauptmann a. D. der Schweizer Armee, dass man sich im Kanton vielerorts nicht mehr sicher fühlen könne. Am Bahnhof Rütli habe er Drogendealer beobachtet. Die Polizei müsse subito «mit Hunderten einfahren».



Rhetorisches Ereignis: Kantonsrat Amrein.

Hans-Peter Amrein ist der ungeliebte Aussenseiter der Zürcher Politik. Seine Konkurrenten unternehmen alles, um ihn schlechtzureden. Die NZZ schnödet: «Niemand ist vor seinem Empörungsvibrato sicher.» Amrein spricht von einem «Medienboykott» der grossen Verlage. Auch Verbände, deren Mitglied er seit langem sei, verweigerten ihm jede Unterstützung. Er be-

komme fast keine Möglichkeit, sich vorzustellen. «Offensichtlich haben sie Angst, dass ich das Kaffeekränzchen störe.»

Amrein versucht, die mangelnde Präsenz mit Werbung auszugleichen. Er hat dafür nach eigenen Angaben schon 300 000 Franken ausgegeben, wie er überhaupt seit Jahren politische Kampagnen grosszügig unterstützt. «Ich bin frei, unabhängig und nur der Sache und der Bevölkerung verpflichtet», sagt der zweifache Vater aus der Goldküstengemeinde Küsnacht, der aus vermöglicher Familie stammt, als Banker im Ausland arbeitete und heute eine Agentur für Abklärungen bei Wirtschaftsdelikten führt.

Obwohl er sich ausgegrenzt fühlt, will Amrein allen fünf bürgerlichen Kandidaten seine Stimme geben. Um in Amrein-Manier anzufügen: «Der bürgerlichste Kandidat bin ich selber.» Eine Möglichkeit, sich Wählern zu präsentieren, hat er am Freitagabend. Dann besucht er die Albisgüetli-Tagung der SVP – als zahlender Gast, wie er betont, im hinteren Bereich des Festsals. Am Tisch der Kandidaten von SVP, FDP und Mitte habe es keinen Platz für ihn.

Manch einer der bürgerlichen Albisgüetli-Besucher wird überrascht sein, welche Geschichten Amrein zu erzählen hat. Seine schönste Zeit als Politiker habe er als Ersatzmitglied des Bezirksrats Meilen gehabt, weil er in dieser Funktion die Heime der Region besuchen durfte, was er als bereichernd empfunden habe. Als politische Vorbilder nennt er die Sozialdemokraten Otto Stich und Helmut Schmidt. Der Mann ist immer für eine Überraschung gut. Der Zürcher Wahlkampf wäre ärmer ohne ihn.